

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerbaggasse Nr. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reimer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem practischen Arzt Dr. Spilling in Frankfurt a. O., und dem Kreis-Physicus Dr. Bruch in Grop.-Strehlitz den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der k. k. Medicinalrath Dr. Zimmermann zu Braunsfels ist zum Kreis-Physicus des Kreises Wehlau, der Regierungsschreiber Klein und der Supernumerar Kunzendorf zu Geheimen erpedirenden Secretairs und der Supernumerar Schüröder zum Geheimen Registrator ernannt worden.

* Bei der am 9. Jan. angefangenen Ziehung der 1. Klasse 135. K. Klassen-Lotterie fiel 1 Gew. von 3000 \mathcal{R} auf Nr. 33,015. 1 Gew. von 1200 \mathcal{R} auf Nr. 92,804. 3 Gew. zu 500 \mathcal{R} fielen auf Nr. 38,927. 65,943 und 94,308; und 3 Gew. zu 100 \mathcal{R} auf Nr. 29,643, 40,734 und 93,568.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Köln, 9. Jan. Die Ziehung der Dombanlotterie ist wegen verzögerter Einzahlung der für die Loose eingegangenen Beträge auf morgen verschoben.

Wien, 9. Jan. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile ein kaiserliches Handschreiben, durch welches für die cisleithanischen Länder eine vollständige Amnestie für Preßvergehen und Preßverbrechen erlassen und bestimmt wird, daß alle aus bereits abgebüßten Strafen erwachsenen Rechtsfolgen nachgesehen werden sollen.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Pforte hat von Plänen der griechischen Actionspartei Kenntniß erlangt, auch andere Inseln im Archipel zu insurgiren. — Der Gesandte der Pforte in Florenz, Rustem-Bey, ist für Washington designirt.

Wien, 9. Januar. Abendbörse. Gute Stimmung. Credit-Actien 158,00, Nordbahn 157,00, 1860er Rente 83,90, 1864er Rente 75,00, Staatsbahn 207,50, Galizier 219,50, Cernowitzer 185,50.

London, 9. Jan. Aus New-York vom 8. d. Mts. wird gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109½, Goldagio 84½, Bonds 107½, Miners 119½, Eriebahn 67, Baumwolle 35½.

Erst, 9. Jan. Der fällige Lloyd-Dampfer „Witnerwa“ ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost heute Mittags aus Alexandria hier eingetroffen.

Landtagsverhandlungen.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 9. Januar. Präsl. v. Jordan bedacht macht dem Hause die Mittheilung, daß der Vorsteher des stenograph. Bureau, F. Stolz, in der vergangenen Nacht nach langem Leiden verstorben ist. Das Haus verliert an demselben, fährt er fort, einen langjährigen treuen Beamten. Seit 1847 war er beim vereinigten Landtag als Stenograph thätig und seit 1851 Vorsteher des stenographischen Bureau dieses Hauses. Aber nicht nur als Beamter dieses Hauses, sondern um die Wissenschaft der Stenographie hat er sich auch in weiteren Kreisen außerordentlich verdient gemacht. Ich erlaube das Haus, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, sich von seinen Plätzen zu erheben. (Das Haus erhebt sich.) — Zahlreiche Urlaubsgesuche werden bewilligt. — In die Commission zur Vorberatung des Gesetzes, betr. die Bauten in Städten und Dörfern, sind gewählt: die Abgg. Krag (Glabach), Senff, Gärtner, v. Brandt, Kunge, v. Sauten-Tarputsch, Warge, Willmet, Hoffmann (Dhlau), Pasker, Ziegler, v. Eichhorn, Meulenbergh und Hoppe.

Von dem Abg. Sarkort ist folgender Antrag eingebracht: „Das hohe Haus wolle beschließen: die k. Staatsregierung aufzufordern: 1) die Fischereizugänge mit festem Deck von den Belästigungen der Steuercontrole in sofern zu befreien, daß eine Gleichstellung mit den offenen Booten stattfindet; 2) ferner die steuerfreie Einfuhr der an Bord fertig gefalzten Fische, so wie der an verschiedenen Punkten der heimischen Küste gelandeten und dort präparirten und demnächst durch das Fahrweg wieder eingenommenen Waare, zu gestatten.“ Der Antrag wird der Finanz-Commission überwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung über das Gesetz, betr. die Abänderung des Art. 69 Al. 6 des Allg. D. Handelsgesetzbuchs über die Befugnisse der vereideten Handels-Makler.

Abg. Dr. Achenbach (für die Regierungsvorlage): Für meine Abstimmung ist besonders der Grund maßgebend, daß es ein öffentliches Geheimniß ist, daß die Beschränkung, um deren Aufhebung es sich hier handelt, von Seiten des Publikums allgemein übertreten wird. Es ist deshalb ein Gebot für die Gesetzgebung, den Wünschen und Erfordernissen des Verkehrs hierin zu folgen. Die Feststellung der Course haben die Makler durchaus nicht allein zu besorgen, sondern vielmehr die Börsen-Commissare, die von den Maklern nur das nöthige Material zur Unterlage erhalten, an das sie aber durchaus nicht gebunden sind. Der Schwindel mit telegraphischen Depeschen, auf den Hr. Pasker hingewiesen hat, kann heute ebenso getrieben werden. Die amtlich festgestellten Course spielen aber in der Handelswelt durchaus keine so bedeutende Rolle, wie es von einigen Seiten dargestellt wird. Auch ich wünsche, daß man bald das ganze Institut, das mit dem freien Verkehr nicht mehr verträglich ist, fallen lasse, und glaube, daß das Privilegium der vereideten Makler durch die Annahme des Gesetzes sich bald als noch unhaltbarer zeigen wird, als bisher.

Abg. Gneist (gegen die Regierungsvorlage): Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetz um die Beseitigung eines Conflictes der Handelsmoral mit der Gesetzgebungsmoral. Die Hauptfrage dabei ist die, welchen Einfluß das Gesetz auf die Gestaltung des Maklergewerbes haben wird. Es ist von den Verantwortlichen des Gesetzes gesagt worden, es werden einige Uebelstände und Unbequemlichkeiten beseitigt werden; eine große Einwirkung wird es aber nicht ausüben, da nicht viel Gebrauch davon gemacht werden wird. Wenn dies wahr wäre, so würde damit ja die Bedürfnisfrage verneint. Ich bin aber entgegengelegter Ansicht: ich glaube, daß durch die

Annahme des Gesetzes ein sehr bedeutender Einfluß auf das Gewerbe der vereideten Makler ausgeübt werden wird. Unter den auswärtigen Auftraggebern herrscht sehr oft Mißtrauen gegen die Commissionäre; man zieht es deshalb vor, zur Vermittelung seiner Geschäfte Männer zu wählen, die vom Staate sanctionirt sind und durch ihre amtliche Stellung eine gewisse äußerliche Garantie geben. Die Folge davon wird also sein, daß die vereideten Makler massenhaft schriftliche Aufträge von außerhalb zur Vermittelung von Geschäften erhalten werden. Ich frage nun, kann es der Staat rechtfertigen, den vereideten Maklern eine amtliche Vertrauensstellung zu geben, sie als besonders unparteiische und glaubhafte Personen hinzustellen, ohne auch dafür zu sorgen, daß sie in der That die Unbefangenheit und Unparteilichkeit wahren, welche ihr Amt voraussetzt? Ohne dafür zu sorgen, daß die Beamten auch die ihnen zugemutheten Pflichten erfüllen können, damit sie im Publikum nicht mehr Glauben erwecken, als sie prästiren können? Denn durch Annahme des Gesetzes würden die Handelsmakler einfache Commissionäre werden. Der Artikel 69 des A. D. H. G. B. stellt sehr bescheidene Ansprüche an das Maß der Enthaltensamkeit der Handelsmakler; durch Aenderung der Al. 6 würde aber der Makler bei Feststellung der amtlichen Coursezettel, die er zu besorgen hat, ein directes Interesse gewinnen und dadurch leicht zu Pflichtverletzungen verführt werden. Die Motive, welche die Redner für das Gesetz anführen, sind keineswegs legislatorische Motive. Der Gesetzgeber darf nicht zulassen, daß die amtliche Stellung eines Beamten, der öffentlichen Vertrauen genießt und unparteiisch dastehen soll, eine so widerspruchsvolle wird, wie die der Makler nach Annahme des Gesetzes werden würde. Denn jeder halb würde die Makler dann auch Propre-Geschäfte treiben, indem sie sich von außerhalb schriftliche Stroh-Aufträge ertheilen ließen; dies ist noch ungefährlicher, als die Manipulation mit den Strohmannern. Der hauptsächlichste Grund, der für das Gesetz vorgebracht ist, macht auf mich denselben Eindruck, wie manche Zeitungsreclamen, die ein Mittel empfehlen, „um einem dringend gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen!“ Ein längst gefühltes Bedürfnis wird immer da sein, und dennoch ist die fragliche Verschärfung in das Handelsgesetzbuch aufgenommen worden. Es liegt in der Natur der Sache: wenn man den Vortheil einer Stellung hat, so möchte man auch noch gern die Vortheile von einer andern Stellung haben. Wenn ein vereideter Makler kein rentables Geschäft macht, so kann er ja niederlegen und unvereideter Makler oder Commissionär werden; und umgekehrt wird ein unvereideter Makler, wenn er ein solider Geschäftsmann ist, leicht die Stellung eines vereideten Maklers erhalten können, zumal jetzt, wo der Zubrang dazu nicht so groß ist. Die Sache liegt aber so; wenn man sie fragt: Wollt Ihr lieber Makler oder Commissionär sein? so antworten sie: Lieber Makler und Commissionär zu gleicher Zeit. (Heiterkeit.) Die Gutachten der Handelsvorstände können mich von meiner Ansicht nicht abbringen. Die Seestädte petitioniren um Aufhebung der Beschränkung für Schiffsmakler allein, die Berliner Börse will eine Ausnahme nur für Berlin. Durch die Annahme des Gesetzes würden die vereideten Makler zu gewöhnlichen Commissionären unter falscher Firma verwandelt werden. Wenn es nun selbst wahr wäre, daß die Stellung der vereideten Schiffsmakler in ökonomischer Beziehung unhaltbar wäre, so ist dies kein Grund, auch noch die rechtliche Unhaltbarkeit der Stellung hinzuzufügen. Die Gesetzesvorlage der Regierung scheint mir hervorgegangen aus einer weichen Nachgiebigkeit gegen den Willen des Tages. Zwei oder drei Börsen petitioniren wegen eines Uebelstandes, den wir vor 30 Jahren eben so genau kannten, wie heute; und auf diese Petitionen soll ein Loch in das deutsche Handelsgesetzbuch geschlagen werden, (hört!) welches unheilbar ist, oder vielmehr das ganze Institut der vereideten Makler zu einer rechtlichen Unmöglichkeit macht. Wenn Sie so verfahren wollen, so kann ich vorweg sagen, daß die collidirenden Interessen bei jeder Börse so sind, daß Sie jede Woche 2 oder 3 Petitionen der Art gegen diesen oder jenen Paragraphen bekommen werden, nicht bloß über die Maklerfrage, sondern auch über andere Punkte des Handelsgesetzbuchs, da die Handels-Interessen sich lokal oft sehr verschieden gruppieren. Ist das der Weg, das mühsam errungene gemeinsame deutsche Handelsgesetzbuch auf die allerleichtesten Beschwerden irgend einer Interessengruppe nun auf einmal abzuändern? (Hört! hört!) Ich kann nur sagen! Ich finde für die ganze Gesetzesvorlage den einfachen Standpunkt: Verwerfung sans phrase! (Beifall.)

Reg.-Commissar Ed.: Die Ansicht, daß die Regierung beabsichtige, ein Loch in das Handelsgesetzbuch zu stoßen, ist eine irrthümliche. Im Art. 84 des Handelsgesetzbuchs ist die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß es den einzelnen Landesgesetzgebungen vorbehalten bleibe, je nach Bedürfnis die Pflichten der Handelsmakler anders zu normiren. Ganz ähnlich verhält es sich ja mit den Art. 174 und 206 des Handelsgesetzbuchs. Art. 174 bindet die Errichtung von Actien-Commandit-Gesellschaften an die staatliche Genehmigung; Art. 206 behält es den einzelnen Landesvertretungen vor, diese Genehmigung für unnöthig zu erklären. In Preußen nun hat man dies schon gethan. Die Bedürfnisfrage muß die Staatsregierung durchaus besorgen, im höchsten Grade aber für die Schiffsmakler. Die Regierung hält gerade die vereideten Makler für besonders geeignet als Vermittler, da sie die befähigten und am meisten unparteiisch sind; es ist deshalb ein Bedürfnis für das Publikum, daß das Vermittelungsgeschäft nicht in die Hände der Commissionäre falle. Wenn die Regierung glauben könnte, daß die Unparteilichkeit und Glaubwürdigkeit der vereideten Makler dadurch gefährdet werden könnte, würde sie das Gesetz nicht beschließen. Die Makler beziehen ihre Courtage von ½ % nicht nach dem Coursewerth, sondern vom Nominalwerth der Papiere; sie haben also keinen Grund, aus selbstsüchtigen Interessen den Cours

falsch anzugeben. Selbst Commissionsgeschäfte zu treiben, wird ihnen nach wie vor durch Al. 1 des Art. 69 verboten. Die Befürchtung, daß das Commissiongeschäft durch das Gesetz Schaden leide, kann die Regierung deshalb nicht theilen. Sollte dies aber wirklich der Fall sein, so hätte die Regierung keine Veranlassung, in pecuniären Interessen der Commissionäre ein Gesetz zurückzuhalten, das sie im Interesse des Handels für durchaus nöthig hält.

Abg. Elven ist für die Vorlage. Wenn gleich er es vorziehen würde, das ganze Maklerthum abzuschaffen, so entspreche diese Vorlage doch einem Bedürfnisse. Durch die erweiterten Befugnisse wird die Glaubwürdigkeit der Makler nicht beeinträchtigt. Sie sind nur amtliche Mandatares des Publikums. Man sagt, sie werden den Cours in ihrer Gewalt haben. Aber sie notiren ja den Cours erst am Schluß der Börse nach ihren Mandaten und denen ihrer Concurrenten. So gut diese Makler aber dann mit gefälschten Mandaten kommen können, ebenso ist es möglich, daß die Commissionäre, wenn nicht mit gefälschten, doch mit fingirten Mandaten zur Börse kommen. In England und Holland geht Alles durch die Hände von Commissionären und bei uns verweise ich auf die Stellung und Functionen der Notare. Man sagt, nach der Annahme der gegenwärtigen Vorlage würden die Makler die Befugnisse haben, die sie praktisch übrigens schon jetzt ausüben, Geschäfte auf eigene Hand zu machen. Das will ich gerne zugeben, alle praktische Erfahrung in ähnlichen Fällen führt uns aber dahin, anzunehmen, daß das weniger geschehen wird, wenn mit der Annahme des neuen Gesetzes eine Menge Uebelstände wegfallen werden; die Makler werden dann unter den schweren Strafbestimmungen nicht in der Lage sein, Dinge zu begehnen, zu denen sie sich jetzt durch die Concurrenz der Commissionäre bewegen lassen. Wenn man glaubt, daß durch das neue Gesetz den Commissionären eine vernichtende Concurrenz erwachsen wird, so glaube ich das nicht, außerdem aber liegt das gerade ganz entschieden im Interesse des Publikums. (Sehr wahr!)

Abg. Reichenheim: Der Hr. Comissar und der Hr. Vorredner gehen von der irrthümlichen Meinung aus, daß durch dies Gesetz das Verkehrs-Interesse gefördert werden wird. Mir scheint es auf der Hand zu liegen, daß durch dasselbe der größte Theil der Geschäfte in die Hände der Makler übergehen wird. Wenn sie dann mit einer großen Zahl auswärtiger Aufträge an die Börse treten werden, dann werden Sie empfinden, was es heißt, in ihrer Hand Nachfrage und Angebot zu vereinigen und ihnen und ihrem persönlichen Interesse die Normirung der Course zu überlassen. Wenn der Hr. Vorredner meint, daß ja die Course erst am Schluß notirt werden, so sage ich, daß der Makler, wenn diese Vorlage durchgeht, den Cours selbst mit zur Börse bringen und ihn allerdings hinterher notiren wird. Die Regierung legt ein großes Gewicht darauf, daß amtliche Coursezettel existiren; aber ihr Werth ist schon hinreichend charakterisirt worden. Die Regierung hat es für nothwendig befunden, die Rechte der Makler zu erweitern und ihnen die Annahme schriftlicher Aufträge zu gestatten. Wo aber auch immer eine solche Erweiterung eintritt, stellt sich, sobald es sich um die Befolgung persönlicher Interessen handelt, sofort eine Gefährdung der Sicherheit ein. Wenn durch solche Maßregeln, wie sie die gegenwärtige Vorlage beabsichtigt, auch nur die Möglichkeit gegeben wird, daß Uebertretungen und Umgehungen des Eides in erweitertem Maßstabe stattfinden können, — und das läßt sich hier mit Sicherheit voraussagen —, dann sollte man doch sehr vorsichtig sein und nicht die Möglichkeit geben, mit der Heiligkeit des Eides zu spielen. Wenn man ferner sagt, eine solche Maßregel werde hauptsächlich für die Berliner Börse Bedeutung haben, so bemerke ich zuvörderst, daß es durchaus nicht meine Absicht ist, die Interessen der Commissionäre irgendwie von dieser Stelle aus zu schätzen; — es kommt mir nur auf die Interessen des großen Verkehrs und seiner Freiheit an; — aber in dem Moment, wo diese Maßregel ins Leben treten wird, werden die vereideten Makler ein Privilegium, ein Monopol erlangen. Meiner Ansicht nach liegt die einzige Sicherheit in der großen Concurrenz, wie sie ihnen jetzt von den Commissionären gemacht wird. Außerdem dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Berliner Börse nicht nur das Interesse dieses Platzes, sondern ein Staatsinteresse darstellt. Sie zieht durch ihr solisches Wechselgeschäft eine ungeheure Menge großer Capitalien an und giebt sie an die einzelnen Provinzen des Staats ja an ganz Deutschland ab. Durch die jetzt vorgeschlagene Monopolisirung aber wird die Zufuhr des großen Capitals bedeutend beschränkt werden. Die Stellung der Makler unterliegt denselben Bedingungen, wie die Stellung aller Geschäftslente; ihre Intelligenz, ihre Thätigkeit, das Vertrauen, das sie genießen, sind allein entscheidend für ihre ökonomische Lage. Und so finden wir denn hier auch viele vereidete Makler, ja wohl die Mehrzahl derselben, welche ausgezeichnet sind. Es liegt im Interesse des Verkehrs, dies schon längst überlebte Institut ganz zu beseitigen, aber nicht ein Gesetz zu schaffen, das einen glücklichen Erfolg unmöglich machen kann.

Abg. Schmidt (Randow): Das Minimum von Verpflichtungen der amtlichen vereideten Makler ist allerdings eine Schnürbrust geworden, in welcher sie nicht athmen und sich nicht ernähren können; und da muß man denn nicht Rücksicht nehmen auf die goldene Thätigkeit einiger Berliner Makler. Es ist möglich, daß hier einzelne in einem Jahre so viel verdienen, als das Einkommen sämtlicher Minister beträgt; aber das ist eine sehr seltene Ausnahme. Die Annahme der Vorlage wird wesentliche Verkehrserleichterungen herbeiführen, und wenn noch für gewisse Tage amtliche Coursezettel notirt werden sollen, so kann man diese Concessionen gewähren, sonst werden wir in 10 Jahren gar keine amtlichen Makler mehr haben, wogegen ich freilich auch nichts einzuwenden habe. (Seiterkeit.)

Abg. v. Blandenburg: Ich hatte gestern die Absicht, für das Gesetz zu stimmen, weil ich gewohnt bin, in allen Dingen, die mir nicht vollständig klar sind, einer Autorität, und zwar am liebsten der Autorität der Regierung zu folgen. Nachdem ich aber aufmerksam den Gründen pro und contra gefolgt, bin ich diesmal ausnahmsweise in der Lage den Ausführungen der Hrn. Gneist, Koster, Twesten u. s. w. beitreten zu können. Von den Rednern dagegen, die für die Regierungsvorlage gesprochen haben, habe ich keinen anderen Grund gehört, als den, daß die bisherige Vorschrift doch schon überzogen werde. Mit Annahme dieses Gesetzes werden die Mäler noch immer nicht ganz Commissionäre, aber sie werden sich doch so ähnlich werden, wie ein Ei dem andern. Ich würde mich vielleicht bewegen lassen, das ganze Institut aufzuheben; aber den Mälern Befugnisse beizulegen, in Folge deren ihr Amt und ihr Interesse in Conflict geräth, dazu kann ich mich nicht verstehen.

Abg. Graf Renard: Daß die amtlichen Courszettel sehr häufig unrichtig sind, ist zweifellos und die Art und Weise, wie die gemachten Course notirt werden, ist ohne Connoissance der amtlichen Mäler undenkbar. Wenn Sie von Richtern und anderen Beamten Unparteilichkeit und Verschwiegenheit verlangen, so ist das natürlich. Wenn Sie aber den Mäler auf ein Piedestal der Selbstverläugnung stellen, gegen welches die Selbstentfaltung der antiken Herren in Schatzen tritt, so ist das, erlauben Sie mir diesen vulgären Ausdruck, „starker Tabak“. (Heiterkeit.) Wer sich an ein großes, respectables Haus wendet, erfährt von ihm mehr Wahrheit, als wenn er alle amtlichen Courszettel auswendig lernt. Wenn nun hier die Berliner Monopolisten, die Zwidener, schreien, weil fortan fremde Finger in die sonst nur für Stammgäste reservirte Dose greifen dürfen, so ist das nur ein Beweis, daß die Stodjoberei ein gutes, einträgliches Geschäft ist und daß sie sich die Concurrenz vom Halse halten will.

Berichterstatler Abg. Koepell glaubt trotz der Opposition namhafter Rechtsgelehrter an dem von der Majorität der Commission festgestellten Entwurf festhalten zu müssen. Er resumirt den Gang der Debatte, unterwirft die von den einzelnen Rednern gemachten Ausstellungen einer ausführlichen Kritik, berichtigt einzelne Irrthümer, die namentlich hinsichtlich der Feststellung des amtlichen Courszettels hervorgetreten sind, vertheidigt die Vorlage gegen den Vorwurf der Oberflächlichkeit und wendet sich gegen das Amendement Twesten. Er schließt: M. H. Jede Aufhebung eines solchen Verbots, wie sie durch die Vorlage erzielt werden soll, ist ein Vorthheil für das Gemeinwohl. Wenn Sie dieses Gesetz annehmen, so machen Sie einen Fortschritt, wenn Sie es ablehnen, einen Rückschritt. Stimmen Sie für diese Vorlage!

Bei der Abstimmung wird das Amendement Twesten und die Regierungsvorlage verworfen.

Es folgt die Schlussberatung über den Gesegentwurf, betr. die Einführung der Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock. Ref. Abg. Krieger (Berlin) beantragt, daß das Haus seine Zustimmung ertheile und bemerkt: Seit 20 Jahren wird die Beseitigung der vererblichen Mahl- und Schlachtsteuer angestrebt, leider nicht mit Erfolg. Im J. 1820 hatten wir 132 Städte, in denen sie galt, im J. 1847 noch 114, im J. 1852 noch 87, im J. 1854 noch 81 und seitdem hat sich die Zahl nur bis auf 80 reducirt. Nach diesem Verhältniß brauchen wir ein halbes Jahrhundert, um sie los zu werden. In den neuen Landestheilen ist sie unbekannt, ebenso wie unsere Provinz Westphalen sich von ihr frei gemacht hat. Es ist dies ein Moment für die Regierung, mit der Beseitigung der Mahl- und Schlachtsteuer energisch vorzugehen.

Abg. Dr. Löwe: Die Regierung hat, was ich dankbar anerkenne, in den letzten Jahren Gutachten von den größeren Städten eingefordert, wie sie es mit diesen Steuern zu halten gedächten, und ob sie von denselben nicht abgehen zu müssen glaubten. So ein Gutachten ist nun für die Behörden ein sehr schweres Ding. Denn es handelt sich dabei nicht bloß darum, die Mahl- und Schlachtsteuer für verwerflich zu erklären, sondern sich zugleich darüber klar zu werden, durch welche Steuer sie wieder ersetzt werden solle. So ist z. B. die Majorität der Stadtverordn.-Vers. in Berlin durchaus von der wirtschaftlichen Verwerflichkeit und der Ungerechtigkeit dieser Steuer überzeugt; die Verschiedenheit der Ansichten aber über die Art des zu treffenden Ersatzes bewirkt dennoch, daß eine künstliche Majorität für Beibehaltung der Mahl- und Schlachtsteuer zu Stande kam. Das würde anders sein, wenn die Regierung ausspräche: diese Steuer ist schlecht, sie muß daher abgeschafft werden; dann würde man sich schnell über einen neuen Modus vereinigen. Wir sind gegenwärtig in einem erfreulichen Aufschwunge unserer communalen Verhältnisse begriffen; fast keine Stadt im Lande giebt es, die nicht in den letzten Jahren große Verbesserungen ins Werk gesetzt hat. Aber diese Verbesserungen sind angelegt auf die finanzielle Grundlage der Mahl- und Schlachtsteuer hin; der Hauptbetrag der Summe, welche die Stadt dazu gebraucht, wird aus ihrem Antheile an die Mahl- und Schlacht-Steuer entnommen. Dem gegenüber nehmen Sie nun die auf der Grundlage des Dreiklassen-Wahlgesetzes ruhende städtische Verfassung, nehmen Sie ferner die gesetzliche Bestimmung, daß die Grundbesitzer in der städtischen Vertretung besonders vertreten sein müssen. Ich bin zwar nicht der Meinung, daß das Gesetz den Charakter und das Schicksal der Gemeinden bestimmt; der Charakter unseres Volkes ist, Gott sei Dank, ein so glücklicher, daß er, trotz des Gesetzes, nun so schon lange einwirkt, daß keine Dreiklassen Unterschiede und keine besonderen Interessen in der städtischen Verwaltung hat zur Geltung kommen lassen. Dessen ungeachtet liegt der Gedanke sehr nahe, daß der Grundbesitz durch die Verbesserungen, die auf dem Grund und Boden der Gemeinde vor sich gehen, die Möglichkeit hat, ohne besondere Belastung diese Verbesserungen haben zu können. Der Grundbesitzer, der Hauswirth, steht natürlich alle die Vortheile, die ihm dabei gegeben werden, ruhig ein. Soll er sich nun bei einem von ihm geforderten Gutachten überlegen, welche andere Steuer er selbst tragen will? Das geht gegen die menschliche Natur! Jeder will so wenig Steuern wie möglich zahlen, und wenn die Regierung daher auf dem jetzigen Wege der bloßen Einholung von Gutachten bleibt, so ist 10 gegen 1 zu wetten, daß sie in der Mehrzahl die Antwort erhält: es ist zwar eine schlimme Steuer, aber wir wollen doch lieber beim Alten bleiben. Denn — und das ist der Kern der Frage — jeder Ersatz wird eine gerade denjenigen auferlegte Steuer sein, von denen die Regierung das Gutachten einfordert. Es ist dringend geboten, endlich die letzte Bollschranke im Lande fallen zu lassen. (Beifall.)

Reg.-Commissar Schiele: Da die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer für alle größeren Städte eine der wichtigsten Fragen ist, so hat die Regierung es für angemessen gehalten, den betheiligten Städten eine wesentliche Stimme

dabei zuzugestehen. Wenn dieselben aber sich ihrer großen Mehrzahl nach mit Entschiedenheit gegen die Aufhebung erklären haben; wenn ihnen dabei ja gar nicht fremd sein konnte, daß als Ersatz nur die Klassensteuer gelten kann, also ein Zuschlag zu der bestehenden Klassensteuer und sie dennoch sich gegen die Aufhebung erklärt haben, so muß man der Staatsregierung zu viel zu, wenn man verlangt, sie solle die Aufhebung anordnen.

Abg. v. Binde (Hagen): Es handelt sich hier nicht um ein fiskalisches Interesse, sondern um die Pflicht der Regierung, eine gerechte Steuer herzustellen. Wenn sie sich dabei auf den Wunsch der Städte stützen wollte, so würde sie bei den meisten derselben sehr lange warten können. Aber es fungiren nicht die Repräsentanten der ärmeren Klassen, sondern die der Vermögenden als Vertreter der Stadt; und diese werden im Interesse ihres Geldbeutels immer Gründe auffinden gegen die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. — Redner weist auf die neu erworbenen Landestheile hin, in denen die Mahl- und Schlachtsteuer unbekannt ist und in denen man sie als das Kennzeichen ungesunder Steuerzustände betrachtet; ferner auf die Broschüre des hannoverschen Ministers v. Erlleben, in der diese Ansicht ausgesprochen ist und erinnert an sein eigenes Verdict um die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in der Provinz Westphalen.

Reg.-Commissar Schiele entgegnet, daß er den fiskalischen Standpunkt nur nebenher berührt, das Hauptgewicht aber darauf gelegt habe, daß die Regierung das Gutachten der Städte nicht umgehen könne.

Abg. v. Binde (Obernord) hebt die Ungerechtigkeit der bestehenden Besteuerung dem platten Lande gegenüber hervor.

Abg. Michaelis (Stettin): Wenn die Regierung die Reform dieser Steuer lediglich von den Gutachten der Städte abhängig machen will, so wird sie hinter der öffentlichen Meinung weit und lange zurückbleiben. Denn die Personen, welche Beschlüsse fassen über Ausgaben, für welche sie die Einnahmen durch Besteuerung ihrer Mitbürger aufbringen müssen, werden es immer vorziehen, eine Besteuerung beizubehalten, bei welcher ihre Mitbürger nicht merken, wie viel sie erheben, als eine directe Steuer einzuführen, bei welcher selbst der letzte Pfennig nachgerechnet werden kann. Die Controle der Mitbürger ist eine ungleich geringere bei dem Verstecken des Detrois, als wenn an seine Stelle directe Steuern träten. Sie befragen die städtischen Vertretungen, die zum großen Theil aus städtischen Grundbesitzern bestehen müssen. Die städtischen Grundbesitzer zu Berlin haben die Mahlsteuer erfunden, um die Besteuerung des Bodenwerthes abzuwälzen auf die große Masse der Steuerzahler. Man fragt diese Interessenten, welche nach Aufhebung des Detrois eine höhere Haussteuer an sich heran kommen sehen, während doch das allgemeine Interesse gefragt werden soll und das wirtschaftliche Bewußtsein des Volkes. Daß ein Theil der Bewohner des Landes in den schlaht- und mahlsteuerpflichtigen Städten zu communalen und Staatsabgaben nochmals beitragen müssen, das wird ihnen auch nach Abschaffung der Steuer schwerlich erspart werden; denn sie wer den zur erhöhten Miethsteuer bei den Gastwirthen und den Chabresgarnies beitragen müssen. Das wahre Interesse des Landes liegt in einem ganz andern Punkt: in der künstlichen Verminderung der Production und Consumtion von Fleisch und der Fleischverbrauch heißt die Düngerproduction, die frisch emporstrebende Landwirtschaft.

Abg. Dr. Gneist: Die Communen sind wohl im Stande, der Regierung Auskunft zu geben über Uebelstände bestehender Steuern, aber sie dürfen nicht als begutachtende Behörden über volkswirtschaftliche Fragen, über die zweckmäßigste Besteuerung behandelt werden. Die Communen mit diesen Aufträgen zu beehren, ist ganz nutzlos (sehr richtig!), und es liegt darin keine Verleumdung für ihre Vertretungen, ich wenigstens nehme die angebliche Verleumdung getroffen auf mich. Sie sind gar nicht so zusammengefaßt, um die Fragen zu beantworten, die der Hr. Minister selbst beantworten muß. In den großen Städten bestehen sie mindestens aus $\frac{2}{3}$ aus Hauseigenthümern, zu $\frac{1}{3}$ aus Miethern der höheren Klasse. Sind das Körperchaften, die man verständiger Weise über den zweckmäßigsten Modus der Besteuerung befragen kann? Wenn die Regierung so fortfährt, immer nur die Interessengruppen zu befragen, so kommen wir in ein wahres Chaos; denn die Gutachten lassen sich vorhersehen, wenn man seine Commune kennt. Man bekommt lauter widersprechende Antworten, je nachdem in der städtischen Vertretung das Adelsbürgertum, das Gewerbe oder der Großhandel vorwiegt. Die Frage wegen der zweckmäßigsten Communalbesteuerung muß die Regierung mit dem Beirath der größeren, vielseitigen Versammlung, die die Verfassung bietet, selbst entscheiden. Es ist an der Zeit, diese Anomalie unserer Steuergesetzgebung zu beseitigen, anstatt durch compilatorisches Herumfragen die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen. Der Ersatz der aufgehobenen Steuer durch eine directe wird Anfangs Widerspruch erzeugen, aber schon nach wenigen Jahren der Gewöhnung wird die Regierung dafür Dank ernten. Vom fiskalischen Interesse aus muß sie allerdings dagegen sein, da die Klassensteuer nicht vollen Ersatz bietet. Wir als Volksvertreter haben aber das wirtschaftliche über unsere communalen Interessen zu setzen und nicht zu fragen, ob die Majorität unserer nächsten Sonderinteressen pro oder contra Mahl- und Schlachtsteuer ist.

Reg.-Commissar Schiele protestirt gegen die Auffassung, daß der Finanzminister sich lediglich nach den von den Städten eingegangenen Gutachten entscheiden werde.

Abg. Dr. Virchow: Es ist allerdings sehr möglich, in einer städtischen Vertretung sich über die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer schlüssig zu machen; denn diese Steuer trifft gerade diejenigen am schwersten, welche in derselben am wenigsten Einfluß haben. Dazu kommt, daß selbst die Regierung keine feste Position in dieser Frage einnimmt; noch neuerlich hat sie die Zustimmung dazu ertheilt, daß in Graubenz 25 Procent Zuschlag zu derselben erhoben werde. So viel steht fest, daß die Schäden der Steuer sich mit jedem Jahre steigern; zumal die Steuer gerade auf die Gesundheit der arbeitenden Klassen, die eigentliche Volkskraft, einen durchaus nachtheiligen Einfluß ausübt. Jeder Schritt, der hierin eine Verbesserung hervorbringt, muß deshalb so schnell als möglich gethan werden. Die Regierung darf deshalb den Städten auch nicht die schwierige Frage des Ersatzes des Steuerersatzes zuschieben; gerade hier in Berlin ist die Aufhebung der fraglichen Steuer hieran gescheitert.

Der Geseg.-Entwurf wird darauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Verathung über den Ges.-Entwurf betr. die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein und der Abänderung der Bestimmungen im Zusatz 228 des ostpreuss. Provinzialrechts. Die Commission schlägt folgenden Geseg.-entwurf vor: Art. 1. Wer Bernstein, ohne zu dessen Gewinn befugt zu sein, in der Absicht in Besitz nimmt, sich solchen

rechtswidrig zuzueignen, wird mit Geldbuße bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. Der Versuch, die Theilnahme, die Hehlerei und die Begünstigung wird mit gleicher Strafe bestraft. Art. 2. Soweit in einzelnen Landestheilen gegen das unbefugte Aneignen oder das Verheimlichen von Bernstein noch Strafbestimmungen in Geltung sind, treten dieselben außer Kraft. Art. 3. Die rechtswidrige Aneignung schon gewonnenen Bernsteins ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Diebstahl oder Unterschlagung zu bestrafen. Art. 4. An die Stelle der §§. 1 bis 13 des Zusatzes 228 des Provinzialrechts für Ostpreußen, Littauen, Ermeland und den Marienwerderschen landrätthlichen Kreis treten folgende Bestimmungen: §. 1. Der Bernstein, gleichviel, ob er in der Ostsee und am Strande derselben, sowie im frischen und im turischen Haffe gefunden wird, oder im Binnenlande vorkommt, ist ein vorbehaltenes Eigenthum des Staats. §. 2. Wer, ohne zum Bernsteinfammeln befugt zu sein, solchen zufällig aufstößt, findet oder gräbt, hat alle Rechte und Pflichten eines Finders (Allgem. Landr. Theil I. Titel 9 §§. 19 bis 22 und §§. 43 bis 72). — Nach kurzer Debatte wird das Gesetz nach diesen Vorschlägen der Commission angenommen. Ferner wird angenommen der Ges.-Entwurf betr. die Regelung der directen Besteuerung in dem Fürstenthum Hohenzollern-Niederrhein mit Ausnahme des §. 5, welcher die Befreiung der fürstlichen Güter von der Steuer festsetzt. Dieser § wird, nachdem die Abgg. Kömann und Bonin dagegen gesprochen, abgelehnt.

Präs. v. Jordanbeck theilt 2 vom Abg. Paur eingegangene Gesegentwürfe mit, betr. die Freiheit der wahrheitsgetreuen Berichte der Reichstagsverhandlungen und die Zahlung von Diäten an die preuss. Reichstagsabgeordneten. Auf den Vorschlag des Antragstellers wird Schlussberatung beschlossen. Nächste Sitzung Sonnabend: Zweite Abstimmung über den Ges.-Entwurf betr. die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten.

* Berlin, 9. Jan. [Schon wieder einmal.] Die „B.-u.-P.“ schreibt: „In Abgeordnetenkreisen trat heute das Gerücht vom Rücktritt des Justizministers Grafen zur Lippe von Neuem und mit großer Bestimmtheit auf, auch seinen Nachfolger nannte man bereits.“ (Wird's diesmal wahr sein? Wir hätten sicherlich nichts dagegen.)

— Der Geh. Ober-Reg.-Rath Oppermann ist als Regierungs-Commissar von hier nach dem Kassauischen abgereist, um dort die Modalitäten, unter welchen die von der Regierung beabsichtigte Wiederaufhebung des Jagdrechts daselbst zu bewirken sein wird, zur Feststellung zu bringen.

— Ueber die Initiative, die Hr. v. Veust in der orientalischen Frage ergriffen hat, schreibt man der „B.-u.-P.“ aus Wien: „Die offizielle „Abendpost“ constatirt heute — Sie werden ohne Zweifel von ihrer Darlegung Notiz zu nehmen veranlaßt sein — in welcher Form und zugleich zu welchem Zweck die österreichische Regierung eine Initiative in der orientalischen Frage ergriffen. Es wird noch hinzugefügt sein, daß das französische Cabinet mit Eifer in den Gedankengang der betreffenden erfreulichen Eröffnung eingegangen ist und daß demnach sehr wahrscheinlich die formelle Anregung einer Lösung der Frage in der von Hr. v. Veust bezeichneten Richtung nicht auf sich warten lassen und von Oesterreich und Frankreich gemeinsam ausgehen wird.“

* Die „Prov.-Corresp.“ erklärt, daß die Regierung in der nächsten Landtags-Session ein das Coalitionswesen betreffendes Gesetz im Zusammenhange mit einer Revision der gesammten Gewerbeordnung vorlegen werde, wodurch die ganze Frage „unzweifelhaft im Sinne einer freiwilligen Entwidlung geregelt werden soll.“

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die thüringischen Correspondenzen verbreiten das Gerücht, der Herzog von Coburg sei entschlossen, seine Souveränitätsrechte an Preußen abzutreten. Hier ist indeß von diesem Entschlusse nichts bekannt.

— Die „Kreuztg.“ schlägt vor, daß die Fürsten der kleinen deutschen Staaten als Pairs des Norddeutschen Reiches die Grundlage für ein würdiges Oberhaus bilden sollen. Sie empfiehlt denselben, die Initiative dafür zu ergreifen.

— Neben Dr. Joh. Jacoby ist im 3. Wahlkörper Berlin auch Stadtrath Runge in Aussicht genommen.

— Auf Veranordnung der General-Inspection der Artillerie sollen diejenigen Secunde-Lieutenants der Waffe, welche während der Dauer des letzten Feldzuges wegen besonderer Auszeichnung vor dem Feinde aus dem Unterofficierstande zu ihrer Charge befördert wurden, einem einjährigen Cursus auf der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule beizuwohnen.

— Man nimmt mit Gewißheit an, daß die Landtags-session bis zum 4. Februar währen wird. (B.-u.-P.)

— Die neue Arznei-Tage für 1867 ist jetzt erschienen. Die ihr vorangehenden gesetzlichen Bestimmungen führen theilweise die bis jetzt unterlagte Rabatt-Gewährung wieder ein, und zwar kann danach den Staats-, Gemeinde- und Krankenkassen ein Rabatt von 25 % gewährt werden. Der Gegenstand hatte zu mannigfachen Controversen geführt.

— Nach Berichten englischer Blätter aus Malta liegen daselbst neben einer beträchtlichen Anzahl anderer Kriegsschiffe auch die preussische Schrauben-Corvette „Gazelle“, 28 Kanonen, und der „Blitz“, Schrauben-Kanonboot, 4 Kanonen, vor Anker.

Stettin, 9. Jan. (Hf.-Ztg.) Die „Lokal-Commité“ für liberale und volkshämliche Wahlen“ im Anclam-De-miner Wahlkreise haben den Grafen Schwerin-Pugard als Candidaten aufgestellt.

Mainz, 7. Jan. Die Wehrmänner des 32. Infanterie-Regiments sind heute in die Heimath entlassen und einer der Regimentsführer, der zum Tode verurtheilt war, zu längerer Festungshaft begnadigt worden.

Frankfurt a. M., 6. Jan. (Fr. Z.) Am Sonntage erhielt Joh. Ronge durch das hiesige Polizeiamt von Saarbrücken die Nachricht, daß die Amnestie auf ihn keine Anwendung finde und daß er die über ihn verhängte Gefängnißstrafe wegen der Rede über die päpstliche Excommunic, anzutreten und die Gerichtskosten zu tragen habe.

Karlsruhe, 7. Jan. Der Großherzog hat den im vorigen Sommer zeitweise in den Ruhestand getretenen Staats-Minister Dr. Stabel wieder zum Minister der Justiz ernannt.

München, 6. Jan. Die Schüler der hiesigen Gymnasien wurden einem Rescript des Cultusministeriums zufolge aufgefordert, sich an den militärischen Exercitübungen zu betheiligen, welche im Glaspalaste stattfinden.

Wien, 6. Jan. Der Andrang von Personen, welche den Loskauf einzelner Individuen oder gleich des ganzen männlichen Nachwuchses der betreffenden Familien bewerkstelligen wollten, war auch gestern im Magistrats-Bureau ein außerordentlich, und die ohnedies vielbeschäftigten

Beamten des magistratischen Militair-Departements haben fortwährend die Auskunft zu geben, daß es bereits zu spät sei; gestern wurde endlich der Schluß gemacht mit der Annahme der Militair-Befreiungstaxe; es haben übrigens in Wien allein nicht weniger als 1135 Postkäufer stattgefunden und wurde somit durch den Umstand, daß das Wehr-Gesetz früher in der „Wiener Zeitung“ als im „Reichsgesetzblatt“ erschien, die Summe von 1,153,000 fl. erzielt; eine That-sache, welche unter Anderem auch beweist, daß die Leute noch immer lieber ihr Geld als ihr Blut hergeben. Die Postkäufer waren übrigens auch in den Provinzen ergiebig; so wurde in Prag am 2. d. von 229 und am 4. d. von 175 Personen die Befreiungstaxe erlegt.

Pest, 6. Jan. Heute fand eine Conferenz bei Deak statt, welcher auch die Führer der Linken beizuhöhen. Die Versammlung beschloß, Deak möge in der nächsten Sitzung des Landtages einen Antrag des Inhalts einbringen: das Haus wolle in Folge des octroyirten Wehrgesetzes eine Adresse an den Kaiser abgeben. (Wand.)

England, London, 4. Jan. Die Besitzer der Eisenwerke in Süd-Staffordshire kamen in einer gestern in Birmingham gehaltenen Versammlung nach kurzer Erörterung einstimmig überein, den Preis für verarbeitetes Eisen 20 Sch. pro Tonne, die Lohnsätze 10% und die Arbeitspreise der Puddler 1 Sch. pro Tonne herabzusetzen. In Stoke lieten die Besitzer der Werke in Nord-Staffordshire eine Zusammenkunft, bei der sämmtliche Firmen des Districts vertreten waren. Auch hier war der Bericht über das Geschäft nicht besonders tröstlich. Es herrscht große Stille in demselben und Vorkäufe sind selten. Die versammelten Fabrikanten kamen einstimmig zu dem Entschluß, dieselben Veränderungen im Preise des Fabrikats und der Arbeit wie in Süd-Staffordshire einzutreten zu lassen. In den Kohlengruben im Süden von Yorkshire haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes, die sie in Stand setzen würde, Kohlen ohne Anwendung von Pulver zu gewinnen. Die letzte Explosion hat unter den Grubenarbeitern in Betreff der Sprengoperationen lebhafteste Besorgnis geweckt und man erwartet eine allgemeine Bewegung derselben, um das Sprengverfahren gänzlich abzuschaffen.

Frankreich, Paris, 7. Jan. Das neue Militärproject ist allmählig so umgestaltet worden, daß nichts davon übrig bleibt, als die Organisation einer Militär-Reserve, und auch diese ist auf dem Punkte, fallen gelassen zu werden. Heute hat der Kaiser sich längere Zeit mit Herrn Rouher, mit dem Grafen Walewski und mit dem Staatsraths-Präsidenten Duitry unterhalten. (R. Z.)

Man bestätigt jetzt auch von oppositiver Seite, daß Thiers gedankt für die Armee-Reform, als durch die Umstände geboten, öffentlich einzutreten und dabei erinnerungsweise auf die Phase des Jahres 1840 zurückzugreifen. Emil Olivier und seine Freunde dürften sich allem Anscheine nach in dieser Frage sehr still verhalten. Und eben deshalb sind die Anstrengungen Rouher's darauf gerichtet, diese Disposition zur Schweigsamkeit nach Vermögen zu stärken. Die Linke dagegen zeigt sich sehr unruhig und eben aus diesem Grunde einer Annäherung an die Fünfundvierzig weit geneigter, als in der vorigen Session. Im Stillen aber trifft die Regierung schon jetzt ihre Maßregeln, um die Wiederwahl der Tiersparti im Jahre 1867 zu verhindern, und ich kann versichern, daß bereits in den qu. Wahlkreisen in dieser Hinsicht eifrig vorgearbeitet wird.

Ein Rundschreiben der Pforte vom 26. Dec. fordert das energische Einschreiten der Schutzmächte gegen die aggressiven Tendenzen Griechenlands, widrigenfalls die Pforte zu den ernstlichsten Verteidigungs-Maßregeln gezwungen sein würde.

Italien, Florenz, 4. Jan. Man kann sich noch immer nicht recht über Victor Emanuels Nebe beruhigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der König sich zu einer Improvisation hat hinreichend lassen, die manche unbedachte Worte enthielt und im Wesentlichen so lautete, wie die „Italie“ und andere Blätter angegeben. Daß die offizielle Zeitung einen von den Ministern arrangirten Text liefert, ändert nicht viel an der Sache. Man glaubt eben aus den Aeußerungen des Königs den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Militair-Partei weit mehr Einfluß bei Hofe besitzt, als man in einem constitutionellen Lande wünschen kann, zumal man weiß, daß diese Coterie gegenwärtig alle Hebel in Bewegung setzt zum Sturze Ricasoli's. Was der König von möglichen neuen Kriegsgefahren sagt, hat an sich keine politische Bedeutung, aber es läßt ersehen, mit welchen Argumenten ihn seine militairische Umgebung bearbeitet. (R. Z.)

Danzig, den 10. Januar.

* Am 16. Januar findet hier eine Versammlung der Mitglieder des Preuß. Volksvereins statt, um den Parlaments-Candidaten für den Stadtkreis aufzustellen. Für den Landkreis ist von den Mitgliedern des Preuß. Volksvereins Hr. Ober-Reg.-Rath v. Auerwald in Aussicht genommen. Unterzeichnet ist der Aufruf zu der Versammlung von den Herren A. Bieler, Diestel, E. Sepner, v. d. Gablentz, A. Claassen, G. Steffens, Schwach, Klatt, Negele, Ed. Wessel, H. T. Reichgräber, Krüppgang, Dr. Hing, Mix, Kuhn, Viede, S. Neumann, Thurnau, Fr. Seyn, H. G. Krohn, Dickmann.

Hr. Dr. Bresler ersucht uns um folgende Abänderung eines Passus seiner in dem Referate über die Wähler-Versammlung am 8. d. M. mitgetheilten Rede: „Daß ein einstimmig gefaßter Beschluß die Meinung der ganzen Versammlung ausdrückt, versteht sich von selbst. Ich habe dagegen protestirt, daß diesem Votum eine von der authentischen Declaration des Antragstellers abweichende, die Verständigung mit der andern liberalen Fraktion ausschließende Tendenz untergelegt werde.“

* [Traject über die Weichsel.] Bei Terespol - Culm zu Fuß über die Eisdecke und per Kahn nur bei Tage; bei Warlubien-Graudenz zu Fuß über die Eisdecke nur bei Tage; bei Czermil - Marienwerder zu Fuß über die Eisdecke.

Graudenz, 7. Jan. (G.) Gestern Nachmittag trat eine Anzahl von Wählern, sowohl aus der Stadt wie aus dem Kreise zu einer Vorbesprechung der Parlamentswahlen zusammen. Die Sitzung eröffnete Herr Rechtsanwalt Mangelndorff durch eine Ansprache, in welcher er die Candidatur des Herrn v. Hennig - Berlin befürwortete. Ein Widerspruch erhob sich von keiner Seite, vielmehr wurde, besonders nach dem zur Sprache gekommen war, daß auch im Strasburger Kreise Hr. v. Hennig Aussicht habe, gewählt zu werden, die Candidatur desselben allseitig acceptirt und von verschiedenen Seiten betont, daß den Bestrebungen der Polen gegenüber ein einmüthiges Zusammengehen aller Deutschen, ob sie dieser oder jener politischen Parteinrichtung angehörten, geboten erscheine, daß derjenige deutsche Candidat also, welcher die besten Chancen habe, demnach rückhaltlos unterstützt werden müsse. Hr. Plaut bezeugte es als Ehrensache und Gebot politischer Klugheit, die Agitationen der Polen zu paralyßiren, damit das Wahleresultat denselben die

Möglichkeit entziehe, Westpreußen als polnisches Land zu reclamiren, wenn die nächste europäische Katastrophe ihnen wieder Gelegenheit darbieten sollte, ihre Stämme zu erheben. Schließlich wurde ein Comité gewählt, mit der Ermächtigung, sich durch geeignete Personen aus dem Kreise zu ergänzen, und mit dem Auftrage, die erforderlichen Schritte zur Förderung der Wahlangelegenheit zu thun und eine Verständigung mit dem Strasburger Kreise herbeizuführen.

Königsberg, 10. Jan. (R. Z. B.) In der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten hat der Vorsteher die Mittheilung gemacht, daß der n. l. v. der Versammlung als Oberbürgermeister hiesiger Stadt erwählte Geh. Reg.-Rath Kieffich aus Berlin, wie er äußerlich erfahren, die Wahl angenommen, dabei aber von Neuem die Bedingung gestellt hat, daß ihm als Gehalt statt 3000 R. 4000 R. jährlich bewilligt werden. Bestätigt sich die Nachricht, so wird der Hr. Vorsteher für den nächsten Dienstag eine Sitzung anberaumen, in der und zwar in geheimer Berathung über die Gehaltsfrage entschieden werden soll.

* Die Königsberger Blätter veröffentlichen einen von 21 conservativen Wählern unterzeichneten Aufruf, in welchem die Wahl des Generals Vogel v. Falkenstein für das Nord-deutsche Parlament empfohlen wird.

Vermischtes.

Wie verlautet, wird am 31. Januar d. J., dem Todestage Friedrich Rückert's, an mehreren Orten unseres Vaterlandes eine würdige Todtenfeier vorbereitet und ist mehrfach daran gedacht worden, deren Ertrag der von Coburg aus angeregten Sammlung für ein Rückert-Denkmal zuzuwenden. Es ist zu wünschen, daß das patriotische Vorhaben in recht vielen geistlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Vereinen Anklang und Nachahmung findet.

Das Vereinsgebiet deutscher Eisenbahn-Verwaltungen umfaßt am 1. d. 70 Verwaltungen, welche über ein Netz von 3894¹/₂ Meilen gegen 3832¹/₂ M. bei Beginn des Jahres 1866 zu verfügen hatten. Zum Vereine gehören 16 Staatsbahnen und 5 unter Staatsverwaltung stehende Privatbahnen; die übrigen sind Privat-Eisenbahnen. Die venetianischen Bahnen sind aus dem Vereine (mit 54¹/₂ Meilen) geschieden.

Die „Reval'sche Zeitung“ vom 5. December bringt eine merkwürdige Berichtigung; es heißt darin: Noch einmal nehme der Unterzeichnete seine Zuflucht zur Öffentlichkeit, um zu fragen, ob es Niemanden gäbe, der ihm die Möglichkeit böte, durch Arbeit den Unterhalt seiner Familie zu sichern. Er sei im Stande zu arbeiten und bereit zu jeder Arbeit - ausgenommen eine unehrenhafte. Falls auch diese Bekanntmachung nichts fruchtet, so werde er in kürzester Zeit nicht im Stande sein, seine Familie zu ernähren; er würde gleichgiltig allein dem Hungertode entgegengehen, aber ihn martere der Gedanke an das Schicksal seiner Familie. Unterzeichnet ist das Document: Hapal, den 29. November 1866. Graf Nikolaus Rebinden. Die „R. Ztg.“ fügt hinzu, der Genannte sei der Dichter und Herausgeber des Baltischen Albums.

Am 3. Januar gegen 1 Uhr Nachmittags hat man zu Spa (Belgien) ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt, welches von einem unterirdischen Geräusche begleitet war. Das Erdgitter des Bodens dauerte etwa drei Sekunden und die Bewegung schien eine Richtung von Norden nach Süden zu haben.

Vorfendepeche der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Januar. Aufgegeben 2 Uhr 9 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

	Regier. Gr.	Regier. Gr.	Regier. Gr.	Regier. Gr.
Roggen höher, loco	57	57 1/2	57 1/2	57 1/2
Januar	57 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2
Frühjahr	56 1/2	56 1/2	56 1/2	56 1/2
Rübsl Januar	12	11 1/2	11 1/2	11 1/2
Espiritus do.	17 1/2	16 1/2	16 1/2	16 1/2
5% Pr. Anleihe	103 1/2	103 1/2	103 1/2	103 1/2
4 1/2% do.	98 1/2	98 1/2	98 1/2	98 1/2
Staats-Schuld.	84 1/2	84 1/2	84 1/2	84 1/2

Hamburg, 9. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco matt, 2 R. niedriger, ab Auswärts fest, 129-130 fl. ab Pommer 150 bez., 700 Jan.-Febr. 5400 Pfund netto 154 Bancothaler Br., 153 Gr., 700 Frühl. 151 Br., 150 Gr. Roggen loco still, ab Auswärts 1 R. niedriger, 700 Jan.-Febr. 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gr., 700 Frühl. 90 Br., 89 Gr. Del loco 25 1/2, 700 Mai 26 1/2-26 3/4, 700 Oct. 27, geschäftlos. Kaffee fest, 2000 Sac diverse Sorten umgelegt. Zink fest, 2000 Lb. 700 Frühl. 14 1/2 verkauft. - Wetter milde, schön.

Amsterdam, 9. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine 2 1/2 R. niedriger. Raps 700 April 72, 700 Oct. 74. Rübsl 700 Mai 40%, 700 Oct. Dec. 42.

London, 9. Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen wie fremder zu Montagspreisen fest gehalten bei geringem Geschäft. Frühljahrsgetreide unverändert. - Regen.

* **Leith, 9. Jan.** (Cochrane, Paterson u. Co.) Wochen-Import in Tons: 3343 Weizen, 3277 Gerste, 79 Bohnen, 608 Erbsen, 9785 Säcke Mehl. Weizen wenig Umsätze, Preise 1s höher; neuer Dänischer und Hollsteiner 67s, Stettiner 68s, Danziger alter 73s, Dänischer alter 69s. Gerste und Hafer eher theurer. Bohnen und Erbsen flau. Mehl flau, 1s höher gehalten.

Liverpool, 9. Jan. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 8000 Ballen Umf. Ruhiger Markt. Middling Americanische 15 1/2, middling Orleans 15 1/2, fair Dhollerah 12 1/2, good middling fair Dhollerah 12, middling Dhollerah 11 1/2, Bengal 8 1/2, good fair Bengal 9 1/2, Domra 12 1/2, Pernam 16.

Paris, 9. Jan. Schlusscourse. 3% Rente 69, 82 1/2. Italienische 5% Rente 53, 85. 3% Spanier - 1% Spanier - 1%. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 392, 50. Credit-Mobilier-Aktien 505, 00. Lombardische Eisenbahn-Aktien 388, 75. Oesterreichische Anleihe de 1865 307, 50 pr. ept. 6% Ver.-St. 700 1882 82 1/2. - Die 3% Rente eröffnete zu 70, 00 und schloß in matter Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91 1/4 gemeldet.

Paris, 9. Jan. Rübsl 700 Jan. 101, 00, 700 Febr. 101, 00, 700 Mai-Aug. 102, 00. Mehl 700 Jan. 81, 00, 700 März-April 82, 50. Spiritus 700 Jan. 59, 60.

Antwerpen, 9. Jan. Petroleum, raff. Type, weiß, 49 Frsk. 700 100 Ro.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 10. Januar 1867.

Weizen 700 5100 R. Zollgewicht, ordinär und stark ausgewachsen 115/6 fl. 520; weniger ausgewachsen 123/4-125/6 fl. 570-595; gesund bunt 128 fl. 610; gesund, hell und feimbunt 126-129 fl. 605-622 1/2; gesund, hochbunt und weiß 130 fl. 625. Roggen 700 4910 R., frischer 118-123 fl. 339-354. Gerste 700 4320 R., große 110 fl. 312-318. Spiritus 700 8000 % Tr. R. 16. Frachten. Walport oder Firth of Forth 3s 6d 700 500 R. Weizen. Grimsby 12s 700 Lead sichten Holz. Montrose 13s 700 Lead sichten Holz.

Wechsel- und Fondscourse. London 3 Mon. 6. 21 1/2 Br. Westpreussische Pfandbriefe 3 1/2 % 77 Br. Westpreuss. Pfandbriefe 4 1/2 % 85 1/2 Br., 85 1/2 bez. Westpreuss. Pfandbriefe 4 1/2 % 93 1/2 Br.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 10. Januar. Bahnpreise.

Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 - 125/27 - 128/129 fl. von 78/85/90 - 92/95 - 96/97 1/2 fl.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 - 129/30 - 131/132 fl. von 98/100 - 102/104 - 105/107 fl. 85 fl.

Roggen 120-122-124-126 fl. von 58-59-60-61 fl. Erbsen 58/60-62/64 fl. 90 fl.

Gerste, kleine 98/100-103/4-105/6-108 fl. von 46/47-48/50-51/52-53 1/2 fl., große 105/108-110/112-115 fl. von 51/52-53 1/4-55 fl.

Hafer 29/30/31 fl.

Spiritus 16 fl. 700 8000 % Tr.

Getreide-Börse. Wetter: feucht. Wind: W. - Unser heutiger Weizenmarkt hatte wiederum eine Tendenz für billigere Preise, und mußten für den verlaufenen 130 Last auch billigere Gebote angenommen werden. Der Markt schloß recht matt. Bunt 121, 124 fl. 530, 550, 123/4 fl. 560, fl. 570, 126/7, 128/9 fl. 585; hellbunt 125/6 fl. 595, fl. 605, 128 fl. 617 1/2, 130 fl. 620; hochbunt glatt 131, 132 fl. 630, fl. 640; 131 fl. alt fein hochbunt fl. 650, 700 5100 fl. - Roggen etwas billiger, 118 fl. 339, 123 fl. 354, 700 4910 fl. Umf. 10 Last. - 110 fl. große Gerste fl. 312, fl. 318, 700 4320 fl. - Spiritus 16 fl.

Königsberg, 9. Jan. (R. Z. B.) Weizen hochbunter 126 fl. 99 bez., 129 fl. 101 bez., bunter 122 fl. 90 bez., 125 fl. 95 bez., rother 123 fl. 93 bez., 129/130 fl. 100 bez. - Roggen 56/57 fl. bez., 123 fl. 57 1/2 fl. bez., 125/126 fl. 58 1/2 fl. bez., 700 80 fl. Jan. 54-59 fl. Br., 58-57 fl. Gr., 700 Frühl. 60 fl. Br., 59 fl. Gr., 700 Mai-Juni 60 1/2 fl. Br., 59 fl. Gr., 59 fl. Gr., 700 große 42/48 fl. Br., 108 fl. 46/48 fl. bez., 106 fl. 45 fl. bez., kleine 42/48 fl. Br., 42 fl. 700 68 fl. bez. - Hafer 700 50 fl. 28/31 fl. Br., 29 fl. bez., 700 Frühl. 33 1/2 fl. Br., 31 1/2 fl. Gr. - Erbsen 700 fl. weisse 55/66 fl. Br., 54-61 fl. bez., graue 60/88 fl. Br., 52/55 fl. bez., grüne 55-66 fl. Br., 54 fl. bez. - Bohnen 700 90 fl. 65/72 fl. Br. - Weiden 700 90 fl. 50/60 fl. Br., 53/56 fl. bez. - Leinsaat 700 70 fl. seine 85/95 fl. Br., mittel 65/85 fl. Br., ordinäre 35/60 fl. Br. - Thymotheum 8/11 fl. 700 fl. Br. - Leinöl o. f. 14 fl. 700 fl. Br. - Rübsl o. f. 12 fl. 700 fl. Br. - Leinuchen 58/68 fl. Br. - 17 1/2 fl. Br., 16 1/2 fl. Br. - 700 Jan. o. f. 17 1/2 fl. Br., 16 1/2 fl. Br.

Stettin, 9. Jan. Weizen loco 700 85 fl. gelber 80 - 89 fl. bez., 83/85 fl. gelber 700 Frühl. 88 1/2, 88 fl. bez., 80 u. Br. - Roggen 700 2000 loco 54 - 56 fl. bez., Frühl. 55 1/2 - 54 1/2 - 55 fl. bez., 55 1/2 fl. Br. u. Gr. - Gerste loco 700 70 fl. Märk. u. Pom. 46 - 49 fl., kleine 44 fl. Br., 69/70 fl. Schles. Frühl. 49 1/2 fl. Br. - Hafer loco 700 50 fl. 28-31 fl. Br., 47/50 fl. Frühl. 31 1/2 fl. Br. - Erbsen Frühl. Futter 58 fl. Gr. - Rübsl loco 11 fl. Br., April-Mai 12 fl. Br., 1 fl. Gr. - Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 fl. 1/2 fl. bez., mit Faß 16 1/2, 1/2 fl. bez., Frühl. 16 fl. 1/2 fl. bez., 1/2 fl. Gr. - Petroleum 8 fl. bez.

Berlin, 9. Jan. Weizen 700 2100 loco 70-88 fl. nach Dual, fein. gelb. märk. 88 1/2 fl. frei Haus bez., weis. poln. 86 fl. bez., 700 2000 Jan. 82 fl. Br., Frühl. 84-83 1/2 fl. Br. berl. - Roggen loco 700 2000 57 - 58 fl. nach Dual bez., Frühl. 56-55 1/2-56 1/2 fl. verk. - Gerste loco 700 1750 45-52 fl. nach Dual. - Hafer loco 700 1200 26-29 fl. nach Dual. - Erbsen 700 2250 nachwaare 52 - 66 fl. nach Dual, Futterwaare do. - Rübsl loco 700 100 fl. ohne Faß 12 fl. Br. - Leinöl loco 13 1/2 fl. - Spiritus 700 8000 loco ohne Faß 16 1/2 fl. Br. bez., April-Mai 17 1/2 - 1/2 fl. bez. u. Gr., 1/2 fl. Gr. - Wehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2 - 1/2 fl., Nr. 0. u. 1. 5 1/2 - 5 fl., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2 - 4 1/2 fl., Nr. 0. u. 1. 4 1/2 - 4 fl. bez. 700 fl. unversteuert.

Breslau, 8. Jan. (Kleeaat), rothe, still, ordin. 12-13 fl., mittel 13 1/2-14 1/2 fl., feine 16-17 1/2 fl., hochfeine 18 1/2-18 3/4 fl. - Kleeaat, weisse unverändert, ordinäre 17-20 fl., mittel 20 1/2-22 1/2 fl., feine 25-27 fl., hochfeine 27 1/2-28 fl.

* **London, 7. Jan.** (Kingsford u. Lay.) Die Zufuhren von fremdem Weizen betrugen in vergangener Woche 26,866 Drs., davon kamen 7776 von Danzig. Von fremdem Mehl erhielten wir 7924 Fässer und 1186 Säcke. Von fremdem Hafer erhielten wir 29,349 Drs., davon 60 von Danzig. - Es war zum heutigen Markte sehr wenig Weizen von Essex und Kent zugeführt. Ersterer wurde zu 1s 700 Dr. Avance gehalten und blieb am Ende des Marktes unverkauft, letzterer wurde zu vorwöchentlichen Preisen genommen. Der Markt war mäßig besucht, fremder Weizen wurde 1s 700 Dr. höher gehalten, Käufer waren jedoch zurückhaltend und so kam es nur zu limitirten Umsätzen. - Gerste brachte 1s 700 Dr. Avance. - Bohnen und Erbsen waren im Werthe unverändert. - Der Haferhandel war fest und gute, trockene Qualitäten waren 6d 700 Dr. theurer. - Die Assuranzprämie von den Dampfschiffen nach London ist 700 Dampfer 60%, 700 Segelschiff 70-80%.

Weizen, englischer alter 62-75, neuer 57-72, Danziger, Königsberger, Elbinger 700 496 fl. alter 62-68, neuer 60-86, do. do. extra alter 68-74, neuer 66-70, Rostocker und Wolgaster alter 64-68, neuer 57-66, Pommer-scher und Dänischer, Schwedischer und Dänischer alter 62-67, Petersburger und Archangel, Sarganka, Marianopol und Verbianski, Polnischer Doffa alter 58-63, neuer 59-63.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, 9. Januar 1867. Wind: SW. Gesegelt: Gnet, Cambridgehire, London, Getreide, - Anderson, Helene, Schiedam, Saat. - Brandhoff, St. Christopher, Dublin, Holz.

Den 10. Januar. Wind: SW.

Gesegelt: Brown, Joseph Sommes (S.D.), London, Getreide. Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rückert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Jan.	Barom. Stand in Par. Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
10	328,78	+ 1,7	SW. flau, bedeckt.
12	328,13	+ 2,2	do. do. do.

